

## Forderungen an die Landesregierung

Stand 20. November 2009

### **Forderungen an die Landesregierung**

1. Abänderung des §59 dahingehend, dass auch Menschen mit einer abgeschlossenen Lehre zur Aufnahmeprüfung für ein Hochschulstudium zugelassen werden. 1b. Ersatzlose Streichung aller Bestimmungen, die Berufstätige auf ein ihrer Ausbildung „fachlich entsprechendes“ Studium festlegen.
2. Ausreichend Masterplätze für alle Bachelorabsolvent\_innen
3. Eine Verlängerung der Regelstudienzeit der neuen Studiengänge, bei gleichem Inhalt, auf insgesamt 6 Jahre (4 Jahre Bachelor und 2 Jahre Master)
4. Vereinheitlichung der Leistungsanerkennung des Bachelor zur Verbesserung der Mobilität in Deutschland.
5. Überarbeitung des ECTS-Systems.
6. Wir fordern eine verfasste Studierendenschaft mit allgemeinpolitischem Mandat, Satzungsautonomie und Finanzautonomie, die an Studierendenvollversammlung (also die Basis) gebunden ist. (Dies und die Wege zur Gewährleistung wird in der Satzung festzuschreiben sein.) Damit einhergehend fordern wir die Festlegung der Viertelparität in allen beschließenden Hochschulgremien und den Kommissionen.
7. In den § 20 zum Aufsichtsrat der Universitäten ist aufzunehmen, dass die externen Mitglieder des Aufsichtsrats das gesamte gesellschaftliche Spektrum abbilden müssen.

### **Lehramt:**

8. Im Gesetzestext § 15 Abs. 3 GymPO I soll an Stelle der Wörter „es überwiegend allein versorgen“ eine sprachliche Regelung getroffen werden, die es beiden Eltern, egal ob leibliche oder Adoptiveltern sowie vom Jugendamt anerkannte Erziehungsberechtigte, ermöglicht, Prüfungsleistungen nach Ablauf der in dieser Prüfungsordnung hierfür vorgesehenen Fristen abzulegen.
9. Bei der Bewertung des Praxissemesters muss die Meinung Mehrerer einfließen, Mentor, Fachlehrer, Betreuungslehrer, eigene Einschätzung. Bei Nichtbestehen sollte man die Möglichkeit haben, in einer vierwöchigen Verlängerung, bei einem bisher unbeteiligten Betreuungslehrer, die geforderten Kompetenzen nachzuweisen.
10. Der Assistent-Teacher wird weiterhin als bestandenes Praxissemester anerkannt, evtl. soll das Nachholen der begleitenden pädagogischen und didaktischen Studien obligatorisch gemacht werden.
11. Die zu erwerbenden fachspezifischen Leistungspunkte sollen dahingehend gekürzt werden, dass sie nicht den bisher bestehenden (bisherige PO von 2001) fachspezifischen Anteil des Studiums übersteigen.
12. Die Bundeswehr und ihre Verbände dürfen sich auf UniGelände insbesondere auf Karrieremessen nicht als Arbeitgeber präsentieren und auch sonst keine Werbung für sich machen.

### **Kosten verursachende Forderungen – Gegenfinanziert durch Einführung einer Vermögenssteuer (Gewinn ca. 2 Milliarden Euro):**

13. Abschaffung der Studiengebühren und Ausgleich der ausfallenden Mittel durch das Land auf Basis der Studierendenzahlen.
14. Aufhebung der Rückzahlungspflicht des Bafögs
15. Die Abkehr von einer Politik, die versucht die Bildung durch immer stärker autoritär organisierte Qualitätssicherungsmaßnahmen (Exzellenzinitiative, Großfakultäten, Erweiterte Rektorskompetenzen, modularisierte Studiengänge, Akkreditierung) anstelle von demokratischer Eigenverantwortung zu sichern.